

iFijáte!

Nachrichten + Informationen + Berichte zu Guatemala

Nr. 596

Mittwoch, 2. Dezember 2015

22. Jahrgang

Inhaltsverzeichnis

Julios Katastrophe: Behindertsein in einem verantwortungslosen Staat.....	1
GAM: Guatemala bleibt eines der gewalttätigsten Länder der Welt.....	3
Präsident Maldonado Aguirre nimmt Nominierung eines Geheimdienstchefs zurück.....	3
16 gewählte Abgeordnete dürfen ihr Amt (vorläufig) nicht antreten.....	4
Das Finanzministerium möchte die Einkommenssteuer für Erwerbstätige erhöhen.....	5
2015: kritisches Jahr für den Journalismus.....	5
Forderungen an Vereinte Nationen aufgrund transnationaler Unternehmen.....	6
VII und letztes Internationales Kinofestival „Erinnerung Wahrheit Gerechtigkeit“.....	7

Julios Katastrophe: Behindertsein in einem verantwortungslosen Staat

Am 3. Dezember ist der **Internationaler Tag der Menschen mit Behinderung**, ein Gedenktag der Vereinten Nationen, der das Bewusstsein für die Probleme der Menschen mit Beeinträchtigungen wachhalten soll. Unser häufiger Textlieferant, Andreas Boueke, hat eine Reportage über die Situation von behinderten Personen in Guatemala geschrieben, die wir – verbunden mit einem herzlichen Dank an ihn - hier publizieren wollen.

„Viele Menschen in Lateinamerika denken, Personen mit Beeinträchtigungen sollten eigentlich nicht weiter leben,“ sagt Tirso Comas. Er wohnt in der guatemalteckischen Kleinstadt Chimaltenango und hat dort zwei querschnittsgelähmte Freunde. „Wir werden so sehr mit Bildern von Mord und Totschlag überschwemmt, mit Nachrichten über Armut und Hunger, dass die Gesellschaften das Leid der Menschen mit Behinderung überhaupt nicht mehr wahrnehmen.“

Ähnlich sieht es Sebastian Toledo, der Direktor von CONADI, der Institution, die sich in Guatemala um die Umsetzung der UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen kümmern soll: „Der Staat tut fast nichts. Achtzig Prozent der wenigen Dienstleistungen, die in diesem Land für Menschen mit Behinderungen angeboten werden, stammen von Organisationen der Zivilgesellschaft. Doch viele dieser Organisationen nutzen das Thema vor allem als Möglichkeit, um Spendengelder zu bekommen.“

Leidtragende von Korruption und Ignoranz sind Menschen wie Julio Coj Cujcuy, 26 Jahre alt und seit über zehn Jahren querschnittsgelähmt. „Es war ein Schwimmunfall“, erzählt er. „Ich bin in ein Becken gesprungen und habe mir den fünften und sechsten Wirbel gebrochen. Jetzt bin ich auf einen Rollstuhl angewiesen und auf die Unterstützung meiner Familie.“

Der Lehrer einer öffentlichen Schule in Chimaltenango hatte seine Schüler aufgefordert, einen Kopfsprung von einer kleinen Mauer zu machen. Aber das Becken war nur knapp über einen Meter tief. Der damals 14jährige Julio sprang zuerst. Klassenkameraden mussten seinen bewusstlosen Körper aus dem Wasser ziehen. Die Behörden ignorierten den Fall, obwohl er in die Verantwortung des Bildungsministeriums fällt. Dabei hatte Guatemala im März 2008 als eines der ersten Länder überhaupt die Konvention über die Rechte der Menschen mit Behinderungen unterschrieben. Julio hält das für einen schlechten Scherz: „Die Regierung tut nichts. Du musst selbst kämpfen, um voran zu kommen.“

Julios Vater hält seine Familie mit einer kleinen Bäckerei knapp über Wasser. Am Tag des Unfalls erhielt er einen Anruf. „So erfuhren wir, dass Julio im Krankenhaus lag. Dort sagte uns der Neurologe, sie würden ihn operieren, damit er sich wieder setzen könne. An Laufen war nicht mehr zu denken.“

Julio kann sprechen und seinen Kopf drehen, die Arme heben und mit grossen Schwierigkeiten einen leichten Gegenstand festhalten. Aber seine Finger kann er nicht bewegen. Er wollte weiter zur Schule gehen, doch dafür hätte es Hilfsmittel gebraucht, die es in Chimaltenango nicht gibt. Es gab eine Zeit, in der Julio dachte, sein Leben sei vorbei. Aber es geht weiter und es ist teuer. Sein jüngerer Bruder David wechselt ihm die Windeln und verabreicht Medikamente. „Am Anfang war es schwer für mich, zu akzeptieren, dass ich für meinen Bruder da sein muss. Viele Dinge, die ein junger Mann eigentlich macht, wie mit Freunden auszugehen oder Sport zu treiben, habe ich seit dem Unfall nicht mehr gemacht. Ich bin praktisch die ganze Zeit bei ihm.“

Nach dem Unfall hoffte die Familie vergeblich auf Hilfe der Schuldirektion. Stattdessen sammelten Freunde aus der Kirchengemeinde, einige Lehrer und vor allem Schulkameraden privat Spenden, um die anfänglichen hohen Behandlungskosten zu zahlen. Ein Rechtsanwalt bot seine Dienste an und überzeugte die Familie, es wäre besser, statt den Staat, den verantwortlichen Lehrer zu verklagen. Das Verfahren wurde zu einer teuren Erfahrung für Julios Vater: „Aber am Tag der Gerichtsaudienz ist der Anwalt nicht aufgetaucht. Uns wurde gesagt, er sei betrunken. Deshalb sind wir auch nicht hingegangen. So ging unser Fall verloren.“

Schliesslich sprach der Richter doch noch ein Urteil. Der Lehrer musste umgerechnet zweitausend Euro Strafe zahlen - an das Justizministerium. Julios Familie ging leer aus. Als der Vater bei der Staatsanwaltschaft nachfragte, bekam er zu hören, der Fall sei abgeschlossen. Julio begann, seine Rechte einzufordern. Erst sprach er mit dem regionalen Bildungsbeauftragten, dann mit dem Gouverneur des Bundesstaats Chimaltenango und es gelang ihm sogar, sich mit der Bildungsministerin an einen Tisch zu setzen. Alle versprachen, ihn zu unterstützen. Aber letztlich passierte nichts.

In Guatemala werden rund zehn Millionen Euro im Jahr für Programme ausgegeben, die Menschen mit Beeinträchtigungen zu Gute kommen sollen. Nur etwa zwanzig Prozent dieser Summe kommt vom Staat. Eine der wenigen privaten Initiativen, die erfolgreich funktionieren, ist eine Rollstuhlwerkstatt in Chimaltenango, dem Wohnort von Julio. Noch vor wenigen Jahren war ein funktionsfähiger Rollstuhl in Guatemala ein Luxus, den sich nur wenige Personen leisten konnten. Die Situation hat sich etwas verbessert, seit die Werkstatt Betél jede Woche ein Dutzend Rollstühle fertigt. Edgar Gomez ist einer von fünf Mitarbeitern, die alle selbst im Rollstuhl sitzen: „Wir bekommen gebrauchte Stühle aus den USA, die wir dann reparieren. Die fertigen Stühle verschenken wir oder geben sie für eine kleine Spende an bedürftige Personen weiter. So helfen wir vielen Menschen.“

In der Werkstatt sind die Gänge zwischen den tief liegenden Arbeitstischen breit und das Ersatzteillager ist in niedrigen Schränken verstaut. Die Maschinen sind so aufgestellt, dass auch Edgar Gomez sie bedienen kann, obwohl seine Beine gelähmt sind. „Das Wichtigste an dieser Arbeit ist, dass wir uns nützlich fühlen und einen Beitrag für die Gesellschaft leisten.“

Ohne die Hilfe des Projekts hätte sich Julio seinen elektrischen Rollstuhl nicht leisten können. „Für mich ist dieser Stuhl wie meine Beine. Mit ihm kann ich an viele Orte fahren. Er macht mich unabhängig. Ich kann allein aus dem Haus fahren, um Besorgungen zu machen.“

Das Amt des Gesundheitsministeriums, das zuständig ist für Fälle wie die von Julio, liegt in Guatemala-Stadt gleich neben dem grossen nationalen Krankenhaus Roosevelt. Schon beim Betreten des Büroraums wird deutlich, dass die Regierung dem Thema keine besondere Bedeutung beimisst. Dieses Amt ist zuständig für drei Millionen Menschen mit Beeinträchtigungen, hier arbeiten aber nur ein Buchhalter, eine Sekretärin, ein Projektkoordinator und die Chefin, die Sozialarbeiterin Gloria Serrano. Die vier Personen teilen sich das Büro mit dem Programm für Senioren mit seinen sieben Mitarbeitern. Insgesamt stehen acht blecherne Schreibtische auf etwa 25 Quadratmetern Fläche. Computerkabel versperren den Durchgang. Drei alte Regale drohen, unter der Last der Akten zu brechen. Gloria Serrano klagt: „Der Raum ist zu klein. Wir hätten gerne zehn weitere MitarbeiterInnen, ExpertInnen in der Materie, oder eine bessere Ausstattung in einem Büro, in dem nur unsere Einheit untergebracht ist.“

Nachdem sie Details über den Fall von Julio Coj Cujcuy erfahren hat, weiss Gloria Serrano darauf hin, dass es in Guatemala noch viel schlimmere Schicksale gibt: „Ich würde sagen, er ist durchaus eine privilegierte Person. Er hat einen Rollstuhl, der seinen Bedürfnissen entspricht. Er ist in sein Umfeld integriert. Er hat die Möglichkeit zu arbeiten. Seine Familie unterstützt ihn und er kann am sozialen Leben in seiner Umgebung teilhaben. Er ist also einer der wenigen, die allen Grund haben, sich gut zu fühlen.“

Die Amtsleiterin Serrano räumt ein, dass Julio keine einzige der von ihr erwähnten Errungenschaften den Behörden verdankt. „Ich kann ja verstehen, dass die Familie eine Förderung vom Staat haben will, um besser klar zu kommen. Aber so was lässt sich nicht so einfach durchsetzen.“

Derweil hat Julio nicht aufgegeben, Lobbyarbeit zu betreiben. Es ist ihm gelungen, einen Termin mit Sebastian Toledo zu bekommen, dem blinden Direktor der halbstaatlichen Institution CONADI. Sebastian Toledo zeigt sich interessiert an Julios Situation: „Dieser Fall muss dokumentiert werden, und wenn es sich herausstellt, dass Julios Rechte nicht respektiert wurden, dann muss das aufgeklärt und bekannt gemacht werden. Dann sehen wir ja, wie weit wir kommen.“

Julio erzählt, dass er einige Freunde mit körperlichen Beeinträchtigungen hat. Sebastian Toledo sieht eine Chance: „Wir werden in Kontakt mit dir bleiben und sehen, was wir in Chimaltenango gemeinsam auf die Beine stellen können. Wir könnten eine Organisation gründen und mit dem Bürgermeister sprechen, damit er die Räumlichkeiten für ein Büro zur Verfügung stellt. Du kannst Dir nicht vorstellen, wie sehr wir mit etwas Anstrengung das Leben von vielen Menschen verändern können.“

Zurück auf der Strasse braucht Julio zwei Helfer, die ihn von seinem Rollstuhl ins Auto heben. „Ich hatte nicht damit gerechnet, so viel Aufmerksamkeit zu bekommen. Ich hoffe, dass ich nun Hilfe bekommen werde in meiner Anklage gegen den Staat. CONADI hat mir einen Anwalt angeboten. Ausserdem möchte ich alles dafür tun, dass in Chimaltenango eine Organisation entsteht, die hilft, wenn jemand Unterstützung braucht.“

GAM: Guatemala bleibt eines der gewalttätigsten Länder der Welt

Guatemala, Nov. Die Menschenrechtsorganisation Gruppe für gegenseitige Hilfe (GAM) gab einen Bericht über die Gewalt in Guatemala heraus, der Zahlen von Januar bis Oktober 2015 erfasste. Danach habe es einen Rückgang der Morde um 3,48 % gegeben. In Zahlen ausgedrückt bedeutete dies 171 Morde, also weiterhin 16 Tote pro Monat. Positiv war, dass im Monat Oktober kein Fall von Enthauptung und Folter bekannt wurde, allerdings stieg die Zahl der Opfer von Massakern um 300 % gegenüber dem Vormonat.

Gestiegen ist laut GAM auch die Gewalt gegen Kinder, nämlich um 33,6 % gegenüber dem Vorjahr. Die Zahl der Frau- enopfer stieg gegenüber dem Vormonat. Insgesamt berichtete die GAM von einer Zahl von 35 Mordopfern auf 100.000 EinwohnerInnen. Escuintla hat mit 93 pro 100.000 die höchste diesbezügliche Ziffer zu beklagen.

Die Menschenrechtsorganisation sieht in dem Kampf für die physische Sicherheit der Bevölkerung eine Aufgabe des Staates, aber auch der BürgerInnen, Unternehmen, sozialen Organisationen, Sportverbänden und Kultureinrichtungen. Sie fordert vom Innenministerium, das Thema von Überwachungskameras in verschiedenen Departements, vor allem aber in Escuintla, wieder zurückzunehmen, da diese Ausgaben dafür fruchtlos geblieben seien, wie so viele andere Ausgaben, die die Regierung getätigt hat. Man könne – so das Fazit der GAM – selbst angesichts des Rückgangs der Morde nicht davon sprechen, dass die Gewalt geringer geworden sei. Das Innenministerium müsse lernen, dass weniger Tote nicht weniger Gewalt bedeute. (Cerigua)

Präsident Maldonado Aguirre nimmt Nominierung eines Geheimdienstchefs zurück

Guatemala-Stadt, 23. Nov. Präsident Alejandro Maldonado Aguirre hat die Entlassung des soeben zum Subdirektor der Generaldirektion des Geheimdienstes (DIGICI) bestimmten Óscar Germán Platero Trabanino angeordnet. Diesem Vorgehen gingen Eingaben von Menschenrechtsgruppen voraus.

In einer Erklärung gegenüber den Emisoras Unidas sagte Präsidentensprecher Alejandro Palmieri, dass der Präsident eine Anweisung an Innenministerin Eunice Mendizábal gegeben habe, die Nominierung des pensionierten Hauptmanns Platero Trabanino zurückzunehmen. Der Sprecher verwies darauf, dass der Geheimdienst enge Beziehungen zur Staatsanwaltschaft (MP) und zur CICIG haben müsse, weshalb eine harmonische Beziehungen zwischen den Beteiligten wichtig sei.

Hintergrund des Geschehens ist, dass der Hauptmann in einem Facebook-Eintrag von September 2014 seine Ablehnung gegenüber der CICIG und deren Leiter Iván Velásquez geäußert habe. Diese galt auch dem Repräsentanten des Hochkommissariats für Menschenrechte der Vereinten Nationen, Alberto Brunori.

Platero Trabanino wurde am 17. November gemeinsam mit Carlos Humberto Girón Méndez als neue Leiter der DIGICI vom Innenministerium nominiert. Die Nominierung eines pensionierten Militärs hatte zu einem Aufschrei der Empörung von Menschenrechtsgruppen geführt. Die Vereinigung für Menschenrechte sah in ihm eine Gefahr für die Demokratie und den Rechtsstaat. Die Menschenrechtsorganisationen erinnerten daran, dass Girón Méndez Direktor der nicht mehr existierenden Zollbehörde (Guardia Hacienda) war, der vorgeworfen wird, Menschenrechtsverletzungen begangen zu haben. Zudem habe er eine Abteilung der MP geleitet, als Juan Luis Florido Oberster Staatsanwalt war, berüchtigt für sein Nichtstun im Kampf gegen die Straffreiheit.

Platero Trabanino seinerseits war Vizepräsident der Stiftung gegen Terrorismus und des Netzwerks für Wahrheit und Gerechtigkeit in Lateinamerika, Organisationen von Militärs und ZivilistInnen, die jegliche Menschenrechtsverletzungen von Militärangehörigen verneinen. (PL)

Von einer ähnlichen Anordnung gegenüber Girón Méndez ist nicht die Rede (die Red.).

16 gewählte Abgeordnete dürfen ihr Amt (vorläufig) nicht antreten

Guatemala, 25. Nov. Das Oberste Wahlgericht beschloss 79 Tage nach der Wahl die Vergabe der Abgeordnetenposten des Kongresses. 16 der 158 gewählten Abgeordneten wurde der Posten verweigert. Aufgrund eines Ermittlungsverfahrens dürfen 12 gewählte Abgeordnete ihr Amt nicht antreten, drei weitere nicht, weil sie persönlich Bauunternehmer mit Staatsaufträgen sind. Und einer darf kein Abgeordneter sein, da er der Sohn des gewählten Vizepräsidenten Jafeth Cabrera ist. Zu den Personen gehören der ehemalige Kongresspräsident Gudy Rivera von der PP, die LIDER-Abgeordneten Mirza Arreaga, Luis Chávez, Baudilio Hichos, Jaime Martínez Lohaiza, Delia Bac und Mario Yanes sowie Juan Fernando López Fuentes (UCN) und José Edmundo Lemus (UNE).

Einsprüche sind wahrscheinlich

Nach dieser Entscheidung können die betroffenen Personen eine Serie von Massnahmen treffen, um gegen diese vorzugehen. Die erste Möglichkeit ist auf Ungültigkeit zu plädieren, was innerhalb von drei Tagen zu geschehen hat. Wird diese nicht stattgegeben, ist eine Revision vor dem selben Gremium innerhalb dreier weiterer Tage möglich. Danach wäre eine Anrufung des Obersten Gerichtshofs (CSJ) und danach beim Verfassungsgericht notwendig, um sich den Platz im Abgeordnetenhaus doch noch zu sichern.

Gesetzesbestimmungen

Artikel 164 der Verfassung besagt, dass Bauunternehmer, die Staatsaufträge erhalten, nicht Abgeordnete sein dürfen. Dieser Tatbestand habe nach Ansicht von Gruppen der Zivilgesellschaft auf einige der gewählten Abgeordneten zugegriffen, weswegen diese nicht als ParlamentarierInnen akzeptiert werden dürften. Eine entsprechende Petition betraf auch Mitglieder der Guatemalteckischen Kammer der Bauunternehmen und der Guatemalteckischen Vereinigung der BauunternehmerInnen. Die TSE habe mehrfach um Informationen darüber gebeten, um der Wahrheit auf die Spur zu kommen und nachvollziehen zu können, ob ein Verfassungsverstoss vorliege.

Ein weiterer Verfassungsartikel, 113, besagt, dass jegliche Person, die sich um ein öffentliches Amt bewerbe, dazu fähig sein müsse und die notwendige Ehrlichkeit und Reputation besitzen müsse. Die Untersuchung dieser Frage vor den Wahlen vom 6. September wurde von den Anwälten der Parteien abgelehnt (PL).

Für die ausscheidenden ...

Emilene Aquino Mazariegos

Mirza Arreaga

Luis Chávez

Mario Israel Rivera

Ernesto Calachij Riz

Jimmy Ren

Gudy Rivera

Baudilio Hichos

Mario Yanes

Oscar Escribá

Jaime Martínez Lohaiza

Delia Bac

Juan Fernando López Fuentes

José Edmundo Lemus

Jaime Benedicto Cáceres Ara

Jafeth Cabrera Cortéz

... würden folgende Personen Kongressabgeordnete:

Fernando José Siliezar Mena (PP), laut BürgerInnen-Aktion (AC) hat er womöglich unter dubiosen Umständen seinen Steuerbescheid erhalten, den KandidatInnen für öffentliche Ämter abgeben müssen... (PL, 09.09.2015)

Johnatan Abel Cardona Arreaga (Líder, der Sohn von Mirza Arreaga)

Karla Andrea Martínez Hernández (Líder), laut PL, 03.11.2015 ist sie die Tochter der aktuell tätigen Abgeordneten Sofia Hernández

Óscar Quintanilla Villegas (Líder)

Jorge Leonel Arévalo Canales (Líder), laut PL, 03.11.2015 Bauunternehmer mit staatlichen Aufträgen

Marco Antonio Lemus Salguero (PP), erhielt laut PL, 03.11.2015 als Bauunternehmer zwischen 2006 und 2010 staatliche Aufträge im Wert von 14,3 Mio. Q (1,77 Mio. €)

María Stella Alonzo (PP), Lebensgefährtin von Otto Pérez Leal, Sohn von Otto Pérez Molina...

Daniel Bernabé Portillo Calderón (Líder), arbeitet bei PDH Chiquimula, seine Schwester ist seit 1991 Ehefrau von Juan de Dios Rodríguez, ex-Chef der IGSS, ex-Privatsekretär von Otto Pérez Molina und Beklagter im Skandal um Millionenbetrug um die Drogerie Pisa (PL, 01.06.2015)

Edgar Eduardo Montepeque (Líder, Petén)

Héctor Antonio Aldana Azurdia (Líder), Parteifunktionär

Juan Manuel Giordano (Líder), 23 Jahre alt, der jüngste Abgeordnete, der in der letzten Legislatur laut PL, 29.04.2014 fünfmal die Partei wechselte

Hugo García Gudiel (Líder)

José Alberto Hernández Salguero (UCN)

Carlos Enrique López Maldonado (UNE)

José de la Cruz Cotzal Mijangos (Líder)

Luis Antonio Alonzo Pernilla (FCN)

Das Finanzministerium möchte die Einkommenssteuer für Erwerbstätige erhöhen

Guatemala, 23. Nov. Der stellvertretende Finanzminister Saúl Figueroa erklärte es für notwendig, die Einkommenssteuersätze zu erhöhen, da der Kongress im Zuge der Steuerreform von 2012 auf Vorschlag der Regierung diesen Satz auf 10 % gesenkt habe. Diese Meinungsäußerung wurde nach Bekanntwerden des Gesetzentwurfes der UNE getan, den diese Partei am 23. November im Kongress einbrachte. Darin fordert sie die Anhebung der Einkommenssteuer für SpitzenverdienerInnen. Der Gesetzentwurf mit dem Namen „Gesetz zur zusätzlichen Finanzierung des Kampfes gegen Korruption und für die Förderung der Justiz und Sicherheit der BürgerInnen“ schlägt konkret sechs Änderungen vor, die zusätzliche Steuereinnahmen zwischen 1.1 Milliarden und 2.2 Milliarden Quetzales (= 132 Mio. respektive 264 Mio. €) einbringen sollen. Der Entwurf sieht eine Staffelung der Steuersätze für hohe Einkommen in drei Bereichen vor: Steuern auf Eigentum, vereinfachte Steuern und Steuern für Erwerbstätige. Die Fraktion versichert, dass ihr Entwurf nicht zu höheren Steuern für die kleinen und mittleren Einkommen führen werde.

Vizeminister Figueroa wusste von diesem Entwurf nichts und meinte, dass dieser analysiert werden müsse. Die Einkommenssteuer für Erwerbstätige müsse jedoch erhöht werden, da der Steuersatz bei den oberen Einkommen bisher bei 10 % lag. Der Kongress reduzierte den Satz mal auf 7 % und vereinbarte eine Variation, bei der die ArbeitnehmerInnen bzw. Angestellten mit einem Einkommen bis zu 300.000 Q (37.110 €) im Jahr 5 % Steuern zahlen sollten. Daher seien die Steuereinnahmen niemals wie vorhergesagt zusammengekommen, sagte der Vizeminister. (...) Im Falle der Erwerbstätigen müssten die Sätze, wie sie in dem aktuell vorliegenden „Gesetz zur Aktualisierung der Steuern“ vorgesehen sind, verändert werden, damit überhaupt etwas eingenommen werde. Am wichtigsten seien die Steuern auf Gewinne und auf Bruttoeinkommen (also Einnahmen, die Unternehmen und Handel nutzen). Diese sollten von 5 auf 7 % erhöht werden, zugleich aber gestaffelt werden, damit auch die Politik etwas davon hat (höhere Steuereinnahmen). Figueroa sagte, dass Reformen notwendig seien, aber vorher müsste geklärt werden, wie die Steuerverwaltung verbessert werden könne. Sie müsse in der Lage sein, die Steuereinnahmen korrekt zu verwalten. Ohne diese Befähigung der Verwaltung würden Veränderungen der Steuersätze zu nichts führen. (...)

Neben der Einkommenssteuer gab es in Guatemala zeitlich begrenzte Abgaben, von denen einige, etwa der Solidaritätszuschlag (ISO), jedoch dauerhaft wurden und den MitarbeiterInnen der Unternehmen auferlegt wurden. Figueroa kritisierte, dass diese für spezifische Zwecke reserviert seien, obwohl es womöglich inzwischen andere und bessere Verwendungsmöglichkeiten gebe. Deshalb müssten solche Abgaben überprüft werden.

Forderung der CICIG

Derweil erhielt die CICIG Unterstützung für ihre Forderung, Steuern auf Grossgrundbesitz und andere Besitztümer zu erheben und für den Kampf gegen Straffreiheit zu verwenden: Die Koordinatorin des Systems der Vereinten Nationen in Guatemala, Valerie Julliard. Sagte, dass die Steuersätze mit 10 % die niedrigsten der Welt seien. Damit könne ein Land keine ausreichende Mittel generieren, um ein funktionierendes Staatswesen zu haben. Die Steuerpolitik müsse überdacht und Steuerhinterziehung und Korruption bekämpft werden, damit die Ausgaben transparent sind. Die UN-Mitarbeiterin nahm an einem Forum „Ein Haushalt für Gleichheit?“ teil, der sich mit dem Haushalt 2016 befasste und von der internationalen Entwicklungsorganisation OXFAM und dem Zentralamerikanischen Institut für Fiskalforschung (icefi) organisiert wurde. (PL)

2015: kritisches Jahr für den Journalismus

Guatemala, 27. Nov. Die Monitoringgruppe zum Schutz von JournalistInnen von Cerigua befürchtet bereits im November, dass das Jahr 2015 eines der kritischsten Jahre für die Arbeit der JournalistInnen und der Kommunikationsmedien in Guatemala sein werde. Grund für die Annahme ist der alarmierende Anstieg der Angriffe gegenüber den MitarbeiterInnen der Kommunikationsmedien.

So wurden zum Beispiel in der zweiten Märzwoche in Suchitepéquez die Journalisten Danilo López von Prensa Libre, Federico Salazar vom Radio Nuevo Mundo und Giovanni Villatoro von Servicable getötet. Dies sind die markantesten Fälle, die in dem Bericht „Aktueller Stand der freien Meinungsäußerung, Januar-Oktober 2015“ kürzlich vorgestellt wurden. Insgesamt wurden 97 Angriffe gegen JournalistInnen bis Ende Oktober registriert. Im gesamten Jahr 2014 waren es 54. Bezüglich der Art der Übergriffe wird in dem Bericht u.a. unterschieden in 24 Bedrohungen, 15 Einschüchterungen, 10 Einschränkungen des freien Zugangs zu Information, sechs Angriffe per Internet, fünf Strafanzeigen aufgrund von journalistischen Veröffentlichungen und fünf Fällen von physischen Angriff und Zerstörung von Ausrüstung. Laut Cerigua wurden diese Angriffe von Anhängern politischen Organisationen, KandidatInnen für öffentliche Ämter und BeamtenInnen, die ihre Ämter behalten wollen, begangen. Der Wahlkampf wird als einer der Gründe für die zunehmenden Angriffe auf die Medien angeführt, aber er ist nicht der einzige Grund.

Die Geschehnisse in Suchitepéquez beweisen die Gefährlichkeit des journalistischen Berufs in den Departements, vor allem in den Grenzonen, wo kriminelle Strukturen vertreten sind, die Druck auf Machtgruppen ausüben, und wo die

örtlichen BeamtInnen gegenüber den Anzeigen von Kommunikationsmedien indifferent sind. (Cerigua)

Menschenrechte und transnationale Unternehmen -Forderungen an Vereinte Nationen

Guatemala, 20. Nov. Lateinamerikanische Organisationen wie die *Internationale Plattform gegen Straflosigkeit*, die *Koordination von indigenen Organisationen der Anden* und das guatemalteckische Zentrum für rechtliche, Umwelt- und Sozialaktion (CALAS) forderten beim *IV Forum der Vereinten Nationen über Unternehmen und Menschenrechte*, das vom 16. bis 18. November in Genf stattfand, verstärkte Massnahmen, um die Missbräuche der Minerale abbauenden Industrien in der gesamten lateinamerikanischen Region zu verhindern, zu bestrafen und wiedergutzumachen.

„Grossprojekte der Erdöl- und Gasförderung, des Frackings und der Minen breiten sich immer weiter aus. Sie generieren nachteilige Effekte für die Erde und die natürlichen Ressourcen der lokalen Gemeinden und die indigenen Völker, die in diesen Gebieten wohnen“, erklärte ein gemeinsam von acht lateinamerikanischen Organisationen verfasstes Pressekommuniqué.

Die Organisationen lenkten die Aufmerksamkeit der *Arbeitsgruppe der Vereinten Nationen (VN) über die Frage der Menschenrechte und der transnationalen und anderen Unternehmen* auf die Probleme der Aktivitäten der Bergbauindustrie: dazu gehören die notwendige Konsultierung der Indigenen Völker, die ausserterritoriale Verantwortung der Staaten für die Aktivitäten ihrer Unternehmen im Ausland, die Kriminalisierung der sozialen Proteste und die Transparenz.

Bezüglich der Befragung der Indigenen Völker beantragten die Organisationen bei der Arbeitsgruppe, dass sie die Staaten und Unternehmen über die Pflicht solcher konsultativen Prozesse mit den vom Projekt betroffenen Gemeinden berate und sich dabei „auf die höchsten internationalen Standards und auf nationale und internationale Gesetze“ beziehe, genau wie auf die Erfüllung des Rechts auf vorherige, freie und informierte Zustimmung der Indigenen Völker.

In dem Dokument der Organisationen wird beklagt, dass es im Rahmen der transnationalen Unternehmen „häufig vorkommt, dass die Menschenrechte verletzt werden und dies nicht bestraft wird, wenn die Staaten, aus denen die Unternehmen stammen, nicht ihre ausserterritorialen Pflichten erfüllen.“ Es soll erreicht werden, dass diese Pflichten in den nationalen Aktionsplänen aufgegriffen werden, in jenen VN-Mechanismen also, die die *Leitlinien über Unternehmen und Menschenrechte* umsetzen sollen. Der Aktionsplan ist das einzige Instrument, welches die Vereinten Nationen in diesen Fällen besitzt und eine freiwillige Verpflichtung der Staaten darstellt.

Ein anderes Motiv für das Pressekommuniqué ist „der alarmierende Anstieg der Kriminalisierung der Proteste von VerteidigerInnen von Land, Territorium, natürlichen Ressourcen und Umwelt“. Aus diesem Grund wurde die VN-Gruppe gebeten, mit den Staaten gemeinsam daraufhin zu arbeiten, „die Kriminalisierung zu beenden und das Recht auf Protest zu wahren, welches in den internationalen Instrumenten zur Verwirklichung der Menschenrechte garantiert wird.“

Und letztendlich werden auch konkrete Massnahmen gefordert, um den Zugang zu Information zu garantieren sowie Transparenz über soziale und umweltbezogene Aspekte der Bergbauunternehmen herzustellen, einschliesslich ihrer Auswirkungen auf den Klimawandel. Die Verpflichtungserklärungen zwischen Staaten und Unternehmen „müssen erfüllt und die internationalen Standards erweitert werden“.

Die Kriminalisierung der sozialen Proteste in Guatemala

In Guatemala ist die Kriminalisierung von UmweltaktivistInnen und GemeindeführerInnen, die gegen Bergbauunternehmen protestieren - wie auch im restlichen Lateinamerika - ein wachsendes Phänomen. In den letzten drei Jahren hat CALAS über 100 UmweltverteidigerInnen vor Gericht verteidigt, die aufgrund ihres Kampfs zum Schutz der natürlichen Ressourcen und der Territorien angeklagt worden waren.

Die Aktionen von CALAS haben erstmals erreicht, dass ein Bergbauprojekt per Gerichtsentscheid gestoppt worden ist. Das Verfassungsgericht ordnete am 28. Oktober 2015 an, die Abbaukonzession des Unternehmens Maya Niquel zu annullieren, da es zu „Menschenrechtsverletzungen während des Vergabeprozesses kam“, erklärte der Anwalt Rafael Maldonado Flores von CALAS. Allerdings verlange diese Arbeit hohe persönliche, familiäre, berufliche Kosten. Maldonado stellte beim IV Weltforum in Genf die Situation von Menschenrechten und Unternehmen dar und unterstrich vor allem die Drohungen, denen die VerteidigerInnen seit einigen Jahren ausgesetzt sind.

Von dem gewählten Präsidenten, Jimmy Morales, verlangte Maldonado ein Moratorium für Bergbaukonzessionen. Er wisse, dass dieser keine Ahnung von dem Thema habe, auch kein Team, das ihn darin beraten könne. Daher sollte das erste, was er als Präsident tun solle, darin bestehen, sich der Dauerhaftigkeit der Konflikte bewusst werden, das schlechte Geschäft, das Bergbau für sein Land bedeutet und die hohe Verseuchung der Natur, die es produziert, sagte der Anwalt. Die Regierung Madonado Aguirre verhandele gerade über weitere Lizenzen – und Morales habe bereits angedeutet, dass er als Präsident weiteren Bergbauprojekten zustimmen werde, sofern er sie für notwendig hält. Das werde weiteren Widerstand provozieren, versicherte der CALAS-Aktivist. (Cerigua)

VII und letztes Internationales Kinofestival „Erinnerung Wahrheit Gerechtigkeit“

Guatemala-Stadt, 20. Nov. Das VII Internationale Kinofestival „Erinnerung, Wahrheit, Gerechtigkeit“ („Memoria Verdad Justicia“), welches im November in Guatemala-Stadt stattfand, konnte erneut Tausende von Gästen begrüßen. Aber es war auch das letzte Mal, dass dieses Festival stattfand, da der Direktor Uli Stelzner seinen Rücktritt bekannt gab, hauptsächlich aufgrund fehlender Mittel, die eine Existenz und Weiterentwicklung garantieren könnten.

Während der Abschlussveranstaltung hielt Stelzner eine aufwühlende Rede, in der er bedauerte, dass ein gut besuchtes Festival, welches Begegnungen, Debatten, Austausch, Reflexionen, kritische Gedanken und die Menschenrechte durch das Kino ermöglichte, aufgrund von Mangel an Geldmitteln nun zu Ende gehe. Es sei frustrierend und anstrengend, so Stelzner, jedes Jahr aufs Neue gezwungen zu sein, betteln zu gehen und Überzeugungsarbeit darüber zu leisten, dass unser Kino einen wichtigen Beitrag zur demokratischen, kulturellen und künstlerischen Entwicklung des Landes sei. Das geringe kulturelle Angebot und fehlende Möglichkeiten bremsen die menschliche und kulturelle Entwicklung der Bevölkerung, gab Stelzner an. Der Bereich Visuelle Erinnerung, in der unveröffentlichtes Kino über Guatemala gezeigt (La bestia verde, La Trilogía de Mikael Wahlforss, u.a) und eine DVD mit mehr als 12 Stunden in Guatemala noch nicht veröffentlichte Filme gezeigt wurde, stelle einen wichtigen Beitrag für die geschichtliche Erinnerung des Landes dar. Trotz allem war die Realisierung des Festivals nie einfach gewesen, erklärte Stelzner.

Das erste Mal fand es 2010 statt, dabei gab es eine Bombendrohung und Stromausfall im Nationaltheater von Guatemala-Stadt. Zwei Jahre später passierte Ähnliches beim zweiten Kinofestival in Quetzaltenango. 2014 wurden mehrere Filme von ihren ProduzentInnen wieder aus dem Programm genommen, aus Angst vor möglichen Bedrohungen gegen die SchauspielerInnen. Die guatemalteckische Produktion „La propuesta impuesta“ sollte aufgrund des starkem Drucks durch drei Staatsministerien nicht ausgestrahlt werden dürfen, was dazu führte, dass das VI Festival im Frühjahr 2015 in Berlin und in Buenos Aires stattfand.

Im Herbst 2015 kehrte das VII Festival nach Guatemala zurück, motiviert durch die BürgerInnendemonstrationen. Allerdings wurden die Gelder jährlich knapper und es musste ein ganzer Bereich gestrichen werden.

In seinen sieben Ausgaben zog das Festival fast 50.000 BesucherInnen an, es wurden 150 Filme aus allen Ecken der Welt gezeigt. Es wurden 120 Kino-Foren organisiert mit internationalen Gästen aus 20 Ländern und 140 nationalen Gästen aus allen Sektoren der Gesellschaft. Die Debatten und Gespräche, die von den Bildern und Tönen inspiriert wurden, eröffneten einen wichtigen öffentlichen Raum der Reflexion und des Ideenaustauschs. (AC)

Siehe ausführliche Berichte auf der Homepage <http://cinememoriaverdadjusticia.com/>

¡Fijáte!

<http://fijate.guatemala.de>

vierzehntägiger e-Mail Nachrichtendienst zu Guatemala in deutscher Sprache

Redaktion:

Wiebke Schramm – wibsc@gmail.com

Stephan Brües – stephan.bruees@arcor.de

Weiterverbreitung der Informationen mit Quellenangabe ausdrücklich erwünscht!

Herausgeber: Verein ¡Fijáte!, registriert in CH-2502 Biel

c/o Barbara Müller, Ankerstr. 16, CH-8004 Zürich

Abo-Verwaltung: fijate@mail.de

Abo in Deutschland und Österreich: Jahresabonnent: 50.00 €, Solidaritätsabonnement: 100 €

Abo in der Schweiz: Jahresabonnement 85.-CHF

NEU: Konto-Nr. für alle AbonnentInnen:

IBAN: CH380900000305160686, BIC (SWIFT): POFICHBEXXX

PC: 30-516068-6